

Amtliche Mitteilungen der

Philipps



Universität
Marburg

Veröffentlichungsnummer: 79/2022

Veröffentlicht am: 03.08.2022

Das Präsidium der Philipps-Universität Marburg hat gem. §§ 20 Abs. 5, 43 Abs. 8 des Hessischen Hochschulgesetzes (HessHG) vom 14. Dezember 2021 (GVBl. I S. 931), am 2. August 2022 folgende Gebührensatzung beschlossen:

Gebührensatzung für den weiterbildenden Studiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ mit dem Abschluss M.A. an der Philipps-Universität Marburg vom 02. August 2022

§ 1

Von den Studierenden des weiterbildenden Masterstudiengangs „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ werden gemäß § 20 Abs. 5 HessHG Gebühren erhoben.

§ 2

(1) Studierende des weiterbildenden Masterstudiengangs „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ haben für jedes Semester, in dem sie in diesem Studiengang an der Philipps-Universität immatrikuliert sind, für das Studium und den Lehraufwand Gebühren zu entrichten.

(2) Die Zahlungspflicht in einem Semester entfällt, falls sich der bzw. die Studierende bis Vorlesungsbeginn exmatrikuliert. Die Zahlungspflicht in einem Semester verringert sich auf 20%, falls sich der bzw. die Studierende innerhalb eines Monats nach Vorlesungsbeginn exmatrikuliert. Bereits gezahlte Gebühren sind in diesen Fällen vollständig bzw. anteilig zurückzuerstatten.

(3) Ungeachtet dieser Satzung können für den bzw. die Studierenden weitere Kosten (z. B. Semesterbeitrag, Unterbringung, Verpflegung) anfallen.

(4) Im Fall der Beurlaubung der oder des Studierenden ist nur der Semesterbeitrag, jedoch nicht die Gebühr gemäß dieser Satzung zu entrichten. Die Studierenden werden ausdrücklich darauf hingewiesen, dass eine Wiederaufnahme des Studiums nicht garantiert werden kann. Auf § 7 Abs. 2 der Prüfungsordnung für den weiterbildenden Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ wird verwiesen.

§ 3

(1) Die Höhe der nach § 2 Abs. 1 zu entrichtenden Gebühren wird vom Präsidium der Philipps-Universität Marburg festgelegt und wird mit Versendung des Zulassungsbescheids verbindlich.

(2) Der Gebührensatz für den Studiengang beträgt 3.900 € pro Semester, soweit der Gebührensatz nicht gem. Absatz 5 reduziert wird.

(3) Die Gebührenschuld für die Teilnahme am weiterbildenden Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ entsteht mit der Zulassung zum Studiengang. Die jeweils aktuellen Gebühren sind innerhalb der im Zulassungsbescheid genannten Frist zu entrichten. Sowohl die Einschreibung in den Studiengang als auch die Rückmeldung zum Studiengang erfolgen erst nach Eingang des jeweils festgesetzten Gebührensatzes.

(4) Es ist möglich, einen Antrag auf Ratenzahlung zu stellen. Ein Rechtsanspruch auf Ratenzahlung besteht nicht.

(5) Die Präsidentin oder der Präsident kann Vereinbarungen über Zuwendungen mit Dritten treffen, die die Gebühren für Studierende des Studiengangs senken. Entsprechende Regelungen sind dem jeweils gültigen Anhang dieser Gebührensatzung zu entnehmen.

§ 4

(1) Diese Gebührensatzung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Mitteilungen der Philipps-Universität Marburg in Kraft. Gleichzeitig tritt die Gebührensatzung für den weiterbildenden Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ der Philipps-Universität Marburg vom 21. Dezember 2021 außer Kraft.

(2) Diese Gebührensatzung gilt für alle Studierenden, die ihr Studium im weiterbildenden Masterstudiengang „Beratung im Kontext Rechtsextremismus“ ab dem Wintersemester 2022/2023 aufgenommen haben.

Marburg, den 3. August 2022

gez.

Prof. Dr. Thomas Nauss
Präsident der Philipps-Universität Marburg

In Kraft getreten am: 04.08.2022

Das Präsidium hat am 2. August 2022 folgenden Anhang zur Gebührensatzung beschlossen:

**Anhang zur Gebührensatzung für den weiterbildenden Studiengang
„Beratung im Kontext Rechtsextremismus“
mit dem Abschluss M.A.
an der Philipps-Universität Marburg
vom 2. August 2022**

§ 1

(1) Zuwendungen durch Dritte für den ersten Durchgang (WiSe 2022/23 – SoSe24) und für den zweiten Durchgang (WiSe 2024/25 – SoSe 2026) führen grundsätzlich zu einer Reduzierung der Studiengebühren für alle im Studiengang eingeschriebenen Studierenden.

(2) Die reduzierte Studiengebühr beträgt pro Studiensemester 1.300,00 €.

(3) Im Falle des Wegfalls der Zuwendungen durch Dritte entfällt der Anspruch auf die Reduzierung der Studiengebühr.

§ 2

Die Gültigkeit dieses Anhangs endet zum 30.09.2026.